

Heute Demonstration gegen Bau von Atomkraftwerk

Bürgerinitiative Siegen wirbt für Umweltschutz

Siegen. (H. S.) Etwa 20 000 Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz werden heute gegen die Verurteilung von Demonstranten gegen den Bau des Atomkraftwerkes Grohnde in Hannover auftreten. Auch in Siegen wird man mit Transparenten durch die Straßen ziehen. Die rege Bürgerinitiative Siegen, die von der Polizei bei der Rückkehr von einer Demonstration im Omnibus „gefilzt“ worden war, wird mit etwa 40 Personen vertreten sein. Unterstützt wird die Initiative Unabhängiges Jugendzentrum, dem Komitee Paragraph 88a, dem Projekt Teestube und der Studentenzeitung „Kritik“.

Im Siegerland hat die Gruppe mit zahlreichen Plakaten und mit der Verteilung von Handzetteln auf diese Aktion aufmerksam gemacht. Auch mit einer Unterschriftensammlung will man versuchen, gegen das Grohnde-Urteil vorzugehen. In Siegen fordert man „mit den Grohnde-Urteilen.“

Worum geht es? Ende April wurden gegen folgende Angeklagten diese Urteile gefällt: Gerhard Schulz (zu 13 Monaten Gefängnis ohne Bewährung), weil der Angeklagte in Grohnde demonstriert hatte; Andreas Handke (zu 12 Monaten ohne Bewährung). Er soll einen Polizisten mit einem massiven Holzknüppel niedergestreckt haben. Christian Gehrtke (zu elf Monaten) und Helmut Oldenfest (zu 13 Monaten, beide ebenfalls ohne Bewährung).

Der „Stern“ schrieb zu dieser Demonstration, daß die Demonstranten „niedergelitten, am Boden geschlagen und dann verhaftet worden seien“.

Die Zeugen verteidigten vor Gericht die Demonstranten und verurteilten „den brutalen Polizeieingriff“. Ein Binnenschiffer aus Grohnde, der seine Existenz durch das Atomkraftwerk gefährdet sieht, hatte zum Beispiel ausgesagt, keine staatliche Stelle, aber die Demonstranten hätten sich für seine Interessen eingesetzt. Martin Gräbner von der Bürgerinitiative Siegen: „Wie hier Atomkraftgegner abgeurteilt werden sollen, daß wirft genauso wie die brutalen Polizeieingriffe, ja Bürgerkriegsmanöver von Brockdorf, Grohnde und Kalkar ein Schlaglicht darauf, was heute in diesem Staat schon wieder möglich ist.“

Die Bürgerinitiative will mit aller „Entschiedenheit die Lebensinteressen durchsetzen und an dem Recht festhalten, den Bau der Atomanlagen zu verhindern“. Auch sieht die Initiative in diesem Gerichtsurteil „eine Kriminalisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung“.

Es steht außerdem ein Arbeitstreffen mit den inhaltlichen Schwerpunkten „Atomenergieprogramm und Demokratie“ und „Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben“ auf dem Programm. Schon jetzt teilt die Siegener Bürgerinitiative eine wichtige Vorinformation mit: „Im Herbst wird eine Großveranstaltung mit dem bekannten Wissenschaftler und Schriftsteller Robert Jungk durchgeführt.“

le
te
m
es
ie
rs
is
ts

Kernkraftgegner demonstrieren

Sonnabend in der Innenstadt / 10 000 Teilnehmer erwartet
Hannoversche Allgemeine Zeitung 9.6.78

Autofahrer und Fahrgäste der Straßenbahnen werden sich mit Geduld wappnen müssen: Am Sonnabend steht die Innenstadt mehrere Stunden lang im Zeichen einer Großdemonstration, bei der Bürgerinitiativen aus der Bundesrepublik gegen die Grohnde-Prozesse und gegen die angebliche Kriminalisierung der Anti-Atomkraftwerk-bewegung protestieren wollen.

Nach einer Kundgebung auf dem Welfenplatz wollen die Demonstranten ab 11 Uhr folgenden Weg nehmen: Celler Straße - Wedekindplatz - Fluggestraße - Gretchenstraße - Lister Meile - Weißekreuzplatz - ZOB - Postunterführung - Kurt-Schumacher-Straße - Steintor - Georgstraße - Schmiedestraße - Karmarschstraße - Osterstraße - Windmühlenstraße - Opern-

platz. Dort soll die Abschlussskundgebung stattfinden.

In der Anmeldung bei der Polizei ist die Rede davon, daß bis zu 10 000 Teilnehmer erwartet werden. Die Bürgerinitiativen haben in einer Pressemitteilung erklärt, sie wollten dafür sorgen, daß es zu keinerlei Auseinandersetzungen mit der Polizei komme. Bei einer ähnlichen Veranstaltung am 25. Februar hatte es schwere Zusammenstöße zwischen sogenannten K-Gruppen und der Polizei gegeben. Angemeldet ist die Demonstration im Auftrag einer Hamburgerin von einem Anwaltskollektiv, das nach Angaben der Polizei bereits im Zusammenhang mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland in Erscheinung getreten ist.

-11-

Wochenende gegen Kernkraft

Veranstalter: „Hannover schränkt Demonstrationsrecht ein“
Hannoversche Allgemeine Zeitung 9.6.78

Eigener Bericht

Rund 7000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet erwarten die Veranstalter eines Aktionswochenendes gegen Atomanlagen zu ihrer Demonstration am Sonnabendmorgen in Hannover. Der Demonstrationzug soll sich „gegen die Grohnde-Prozesse und die Kriminalisierung der Anti-Atomkraftwerk-Bewegung“ richten.

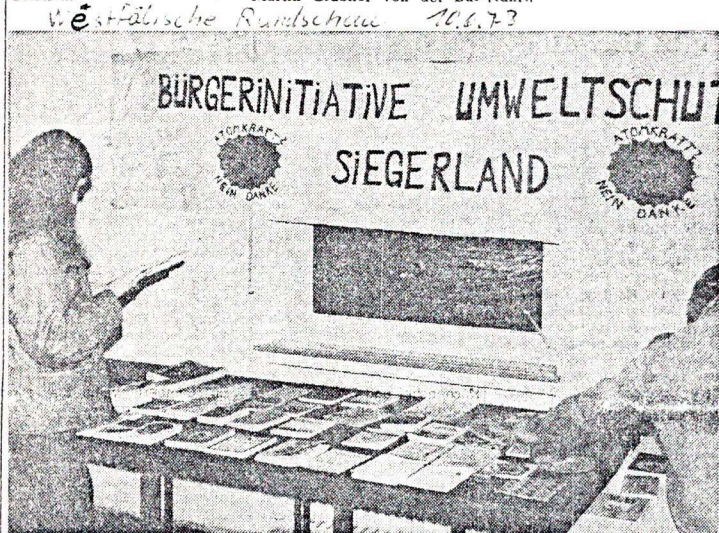
Der Organisationsausschuß hat sich am Donnerstag vor Journalisten in Hannover über eine nach ihrer Meinung erfolgte Einschränkung des Demonstrationsrechtes gewandt. In der Genehmigung des Protestzuges habe ihnen der hannoversche Polizeipräsident untersagt, Lautsprecherwagen mitzuführen, um so Lärmbelästigungen der hannoverschen Bürger zu vermeiden.

Die Veranstalter sehen in diesem Verbot eine Absicht der Stadt Hannover, die Demonstration „durch befohlene Mißorganisation ausarten zu lassen, um ein Eingreifen der Polizei vorzubereiten.“ Ohne zentrale Lenkung der Demonstration sei ein geordneter Ablauf nur schwer zu verwirklichen. Gegen den Bescheid der Stadtverwal-

tung seien rechtliche Schritte eingeleitet worden. Bei der Stadt seien jetzt vier Zwischenkundgebungen innerhalb des Marschweges der Demonstranten angemeldet worden, um bei diesen Stationen die Teilnehmer wieder über Lautsprecher erreichen zu können.

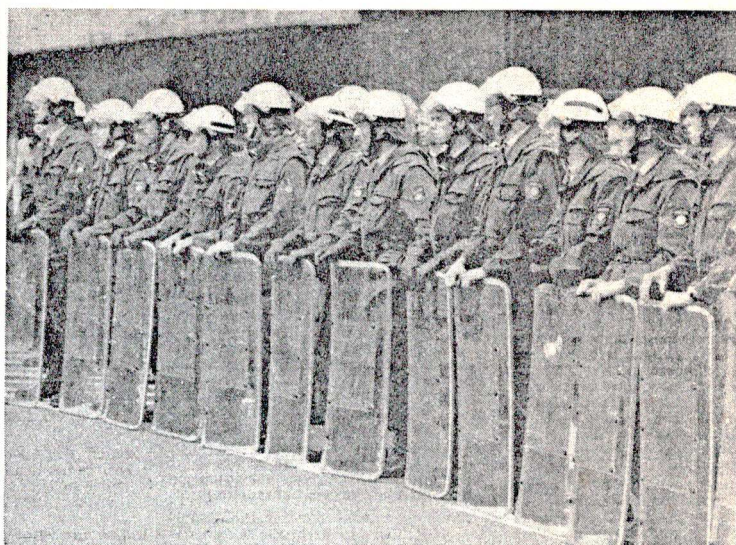
Das Aktionswochenende beginnt am heutigen Freitag mit einer Podiumsdiskussion im Auditorium maximum der Technischen Universität Hannover unter dem Thema „Atomenergieprogramm und Demokratie“. Als Podiumsredner sind neben anderen Richter Ostermeier aus Bielefeld, Pastor Bretzke aus Hannover, der Kernphysiker Professor Scheer aus Bremen und ein im Grohnde-Prozess Verurteilter vorgesehen. Nach der Demonstration am Sonnabend sowie am Sonntag befassen sich Arbeitsgruppen mit verschiedenen Aspekten der Anti-Atom-Bewegung.

Am Aktionswochenende nehmen neben Bürgerinitiativen, die sich mit der Bekämpfung einzelner atomarer Projekte (Grohnde, Brockdorf, Gorleben) beschäftigen, auch politisch orientierte Zusammenschlüsse und extrem linksgerichtete Gruppen teil.



(Foto: Hans Schreiber)

Auf zahlreichen Veranstaltungen macht die Bürgerinitiative Umweltschutz mit Schriftchenmaterial auf ihr Ziel aufmerksam. Heute nimmt die rege Gruppe an einer Großdemonstration in Hannover teil.



Wo immer die Spitze des Demonstrationszuges (links) auftauchte, bildeten Polizeibeamte mit Helmen und Schilden dichte Ketten, um Abweichungen vom Marschweg zu verhindern.

Aufn. (f)

Diesmal war die Polizei gerüstet

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Rund 4000 Atomgegner zogen durch die Stadt

Verkehr stockte / Am Opernhaus gingen Scheiben zu Bruch

Ohne nennenswerte Zwischenfälle ist am Sonnabend eine Demonstration von Kernkraftgegnern verlaufen, die gegen die Grohnde-Prozesse und gegen eine angebliche Kriminalisierung der Bewegung gegen den Kraftwerkbau protestieren wollten. Vier Stunden lang marschierten etwa 3000 bis 4000 vorwiegend jugendliche Demonstranten durch die Oststadt und die Innenstadt, wobei der Auto- und der Straßenbahnverkehr zeitweise zum Erliegen kam.

Die Polizei - nach schweren Ausschreitungen bei einer ähnlichen Demonstration am 25. Februar vorgewarnt - hatte acht Hundertschaften im Einsatz, um Übergriffe zu verhindern. Vermieden werden sollten auch Schmierereien an Hauswänden, Schaufenstern und Fassaden, wie sie im Februar häufig vorgekommen waren. Polizeibeamte mit Schutzschilden begleiteten den Zug und sicherten in wechselnden Einsätzen gefährdete Gebäude.

Als Provokation empfanden es viele Demonstranten, daß Polizeibeamte am Raschplatz den Demonstrationszug durchquerten. Polizeipräsident Dr. Heinrich Boge rechtfertigte diese Maßnahme später: Es sei dringend notwendig gewesen, die Beamten an anderer Stelle einzusetzen.

Besonnene Polizeibeamte verhinderten in der Karmarschstraße eine Auseinandersetzung. Eine Straßenbahn der Linie 8 war ohne Not in den Zug der Demonstranten hineingefahren. Einige von ihnen hätten den Anhänger daraufhin abgekuppelt. Hätten Polizeibeamte hier, wie die Ustra es

wünschte, sofort eingegriffen, wäre es vermutlich zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen.

Zu einer brenzigen Situation kam es während der Abschlussskundgebung auf dem Opernplatz. Mehrere hundert Demonstranten versuchten dort, Polizeibeamte, die das Opernhaus vor Schmierereien schützen sollten, an die Wand zu drängen. Die Polizei setzte Tränengas und Schlagstöcke ein. Demonstranten warfen mit Steinen und Farbbeuteln. Einige Scheiben des Opernhauses gingen zu Bruch.

Polizeipräsident Boge erklärte am Nachmittag, der massive Einsatz der Polizei habe „Präventivwirkung“ gezeigt. Nach seinen Erkenntnissen sei der Demonstrationszug am Sonnabend anders zusammengesetzt gewesen als jener im Februar. Damals habe man es zu etwa drei Vierteln mit Bürgerinitiativen und zu einem Viertel mit sogenannten K-Gruppen zu tun gehabt. Dieses Mal sei das Verhältnis umgekehrt gewesen.

Braunschweiger Zeitung 12.6.78



Etwa 3500 Menschen haben am Wochenende in Hannover gegen Atomkraftwerke demonstriert. Die meist jungen Leute zogen in einem Protestmarsch durch die Innenstadt. Zu Zwischenfällen kam es nach Angaben der Polizei nicht. Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen.

Angeklagte auf dem Podium

Aktionswochenende gegen Kernenergie und Grohnde-Prozesse

Hannoversche Allgemeine Zeitung HAZ 12.6.78

Eigener Bericht

me. Hannover

Ein Aktionswochenende zahlreicher Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen ging am Sonntag in Hannover ohne wesentliche Zwischenfälle zu Ende. Die Sprecher des Organisationsausschusses, Peter Dickel aus Hamburg und Klaus Oellerer aus Hannover, zeigten sich mit Verlauf und Ergebnis zufrieden. An einer Demonstration, die sich vor allem gegen die Grohnde-Prozesse am Landgericht Hannover und gegen die „Kriminalisierung von Kernkraftgegnern“ richtete, nahmen in der hannoverschen Innenstadt am Sonnabend rund 5000 Menschen teil.

Ziel des Aktionswochenendes sollte sein, Erfahrungsberichte der aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Gruppen zu diskutieren. Die Initiativen, ihre Mehrzahl ist am linken Rand des Parteienspektrums angesiedelt, berichteten in Arbeitsgruppen über ihre Erfolge oder Mißerfolge mit verschiedenen Protestformen. In einigen Städten, so Peter Dickel, hätten die Initiativen in jüngster Vergangenheit gute Kontakte zu Gewerkschaften und Betriebsräten gefunden, so daß die Arbeit gegen Atomanlagen nach und nach eine breitere Basis finde.

Dem Erfahrungs- und Meinungsaustausch diente auch eine Podiumsdiskussion, an der die bekannten Bremer Atomgegner Professor Jens Scheer und Walter Soyka teilnahmen. Angeklagte aus den Grohnde-Prozessen berichteten über ihre Verfahren.

Die Organisatoren des Wochenendes, die in ihren Einladungsschreiben an die Initiativen mit „atomfeindlichen“ und „unverseuchten“ Grüben gezeichnet hatten, glaubten anders als bei einer Demonstration im Februar in Hannover diesmal mehr Interesse der Bevölkerung für ihr Anliegen festgestellt zu haben. Die weitere Mobilisierung der Öffentlichkeit nahm darum bei den Gesprächen der Arbeitsgruppen breiten Raum ein.

Dickel und Oellerer halten es nicht für ausgeschlossen, daß die am Wochenende halbwegs unter einen Hut gebrachten unterschiedlichen Protestinitiativen bei späteren Treffen eine gemeinsame Linie für weitere Aktionen finden. Wie diese Gemeinsamkeit bei den starken Unterschieden der politischen Standorte aussehen soll, wußten Dickel und Oellerer nicht zu sagen. Es war schon schwierig gewesen, sich über Form und Ablauf der Demonstration am Wochenende zu einigen.



Frankfurter Rundschau 12.6.78

GEGEN KERNKRAFTWERKE protestierten am Samstag rund 3500 Menschen in Hannover. Zu dieser Demonstration, die sich auch gegen die Grohnde-Prozesse richtete, waren Mitglieder aus der ganzen Bundesrepublik in die Landeshauptstadt gekommen. (Bild: dpa)

NHP-Kommentar

Die doppelte Demonstration

VON RÜDIGER KNORR

In Hannovers Innenstadt fanden am vergangenen Sonnabend zwei Demonstrationen statt:

Die eine richtete sich gegen den Bau von Kernkraftwerken und gegen die in Hannover laufenden Grohnde-Prozesse.

Es war eine friedliche Demonstration, aber auch eine bedrückende, beunruhigende. Zum einen löst das Thema Kernenergie nicht nur bei denen Angst und Zukunftsorgen aus, die bereit sind, gegen menschenfeindliche Technologien auf die Straße zu gehen. Die Angst der Menschen vor einer fahrlässigen Selbstzerstörung sitzt bei vielen tiefer, als sich manche phantasielosen Technologen und Politiker vorzustellen vermögen.

Zum anderen spürten aufmerksame Bürger, die am Rande standen, wie sehr bei vielen jungen Leuten an diesem Thema Kernkraft das Vertrauen in unseren Staat zu zerbrechen droht und wie aus Ohnmacht Ansätze von Gewalt sichtbar werden.

Symbolisiert etwa durch eine von Demonstranten mitgeführte Richterfigur am Galgen.

Die zweite Demonstration fand parallel zu der Veranstaltung der Kernkraftgegner statt: Es war eine Demonstration der Übermacht der Staatsgewalt gegenüber denen, die diesem Staat oder bestimmten Entwicklungen in diesem Staat kritisch, womöglich feindlich gegenüberstehen.

Auch durch diese Demonstration mußte der aufmerksame Beobachter am Rande zutiefst beunruhigt sein. Da vermittelte ein gewaltiger Apparat schwer ausgerüsteter Polizei den erschreckten, zumeist über den Grund des Aufmarsches ahnungslosen Bürgern zunächst den Eindruck, als werde demnächst in die Stadt eine Streitmacht krimineller Terroristen einbrechen und alles kurz und klein schlagen.

Schlimmer aber noch: Einige Aktionen der Polizei waren geeignet, den friedlichen Verlauf der Veranstaltung zu stören und Gewalt entstehen zu lassen.

Ein Beispiel: Am Raschplatz brachen Polizeitrupps mehrere Male unvermittelt durch den Demonstrationzug, um sich mal auf der einen Seite, mal auf der anderen zu positionieren. Erregten Zuschauern erschien dieses Verhalten als schwere Provokation der Demonstranten. Wenn es keine war, dann war es eine sinnlose, unerklärliche Dummheit. Fragen nach dem Sinn der Aktion wurden von einem der befehlenden Beamten mit einem Grinsen beantwortet.

Auch ein Zwischenfall, der gegen Ende der Kundgebung auf dem Opernplatz beinahe noch die Veranstaltung aus den Fugen geraten ließ, wurde von einer Polizeiaktion ausgelöst, die wie die Tat einiger von dem friedlichen Verlauf der Demonstration frustrierter „harter“ Beamter, wie eine nachträgliche Rechtfertigung des Massenpolizeiaufgebots erscheinen mußte: Mit der Begründung, man müsse diese Opernhausecke vor den Schmierereien von Demonstranten schützen, wurde mit chemischer Keule und gezogenem Knüttel ein kleines Stück Opernhauswand von Demonstranten geräumt, die dort friedlich lehnten und gerade noch mit jungen Bereitschaftspolizisten diskutierten. Als Antwort flogen Farbbeutel – Beamte und die Opernhauswand wurden nun tatsächlich beschmiert.

Man hätte lachen mögen vor soviel Unfug, wenn nicht das Ganze den faden Vorgesmack dessen gehabt hätte, was die Kernkraftgegner als „Atomstaat“ an die Wand malen.

Wir alle sind dazu aufgerufen, es nicht soweit kommen zu lassen. Auch die, die die Staatsmacht verkörpern.



GEZIELTE PROVOKATIONEN? Am Raschplatz kreuzten Polizeitrupps unvermittelt und ohne ersichtliche Notwendigkeit den Zug der Demonstranten. Hier blickten sich die leitenden Beamten um, ob es Ärger gibt. Die Demonstranten blieben gelassen und reagierten nur mit Sprechchören: Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei. Zuschauer am Rande empörten sich. Eine Hannoveranerin schimpfte: „Und dann wundern Sie sich, wenn die jungen Leute sauer sind.“ Ein junger Polizeibeamter nach einem neuen Befehl: „Allmählich habe ich die Nase voll, was wir hier machen. Ich bin auch gegen Kernenergie.“

Foto: Knorr

Atomkraftgegner demonstrieren vor Bonner Botschaft in Wien

Süddeutsche Zeitung 26.6.73 Wien (Reuter)
Rund hundert Atomkraftgegner haben vor der Botschaft der Bundesrepublik in Wien demonstriert. In Sprechchören und auf Spruchbändern verurteilten sie die „Kriminalisierung von Atomkraftgegnern“ und protestierten gegen die Gerichtsurteile, die gegen drei Personen verhängt wurden, die gegen das Kernkraftwerk Grohnde in Niedersachsen demonstriert hatten.

3500 demonstrierten gegen Atomkraftwerke

Hannover – Rund 3500 Menschen demonstrierten am Sonnabend in Hannover gegen Atomkraftwerke. Der Protestmarsch, an dem überwiegend kommunistische Gruppen teilnahmen, führte durch die Innenstadt zum Opernplatz. Die Polizei: Abgesehen von Fortschmierereien an Fassaden sowie Verkehrsbehinderungen verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle. Bild 12.6.73

Demonstration gegen Atomkraftwerke

Etwa 3500 Menschen haben am Sonnabend in Hannover gegen Atomkraftwerke demonstriert. Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen. (dpa) *Weser-Kurier* 12.6.73

Protest gegen Atom

Hannover (dpa) – 3500 Menschen demonstrierten am Wochenende in Hannover gegen Atomkraftwerke. Zu Zwischenfällen kam es nach Angaben der Polizei nicht. Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen.

Gegen Atomkraft 11.6.73

Lübeker Nachrichten
Hannover (dpa) – Etwa 3500 Menschen haben gestern in Hannover gegen Atomkraftwerke demonstriert. Die meist jungen Leute zogen in einem Protestmarsch durch die Innenstadt. Zu Zwischenfällen kam es nach Angaben bis zum Sonnabend mittag nicht. Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen.

Köln: Stadt-Anzeiger 12.6.73



MIT PLAKATEN, Transparenten und Flugblättern protestierten am Sonnabend 4000 Demonstranten in Hannover gegen den Bau von Atomanlagen.

Foto: Stoletzki

Anti-Atom-Marsch

NHP
12.6.78

Autoschlängen und ein Verkehrschaos gab es zeitweilig am Sonnabend in der Innenstadt von Hannover. Rund 4000 Demonstranten protestierten gegen den Bau von Atomkraftwerken und zogen in einem Marsch vom Welfenplatz durch die Stadt. Die Polizei hatte zur Absicherung 900 Beamten aus Oldenburg, Braunschweig und Hannover eingesetzt.

Bei dem Marsch durch die Stadt hatten die Demonstranten in der Kurt-Schumacher-Straße einen Straßenbahnanhänger abgekuppelt. Während der Abschluskundgebung am Opernhausvorplatz gab es einen kurzen Zusammenstoß zwischen der Polizei und den dort versammelten Teilnehmern. Dabei setzte die Polizei kurzzeitig Tränengas ein. Eine Demonstrantin sowie ein Polizeibeamter wurden leicht verletzt. (Siehe Kommentar Seite 2.)

Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen. An dem Protestmarsch beteiligten sich – nach Auskunft der Polizei – auch zahlreiche linksorientierte Gruppen.

Am Abend gab es bei der Polizei nochmals Alarm: Vor der Justizvollzugsanstalt in der Schulenburg Landstraße fanden sich etwa 70 Demonstranten ein. Sie wollten einem inhaftierten Mann ein Geburtstagsständchen bringen.

mp

Neue Hannoversche Presse 12.6.78

Leser schreiben der „CZ“

Leserbriefe stellen die Meinung des Einsenders dar, und nicht immer die der Redaktion. Kürzung vorbeh.

Betr.: Ihr Artikel „Immer weniger Bürgerinitiativen nehmen an solchen ‚Demos‘ teil“ vom 13. Juni 1978.

In Ihrem Artikel vom 13. Juni über die Demonstration gegen die Grohnde-Prozesse am 10. Juni in Hannover schreiben Sie: „... an der ‚Demo‘ ... (nahmen) ... ein Drittel Bürgerinitiativen und zwei Drittel K-Gruppen teil.“ Im Februar wäre es laut Polizeiauskunft umgekehrt gewesen.

Richtig ist vielmehr, daß dieses Mal ein wesentlich breiteres Spektrum politischer Anschauungen gegen diese Prozesse und die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung überhaupt protestierten als jemals zuvor — von linken bis zu konservativen Umweltschützern. So ist der Demonstrationsaufruf z. B. von über 50 Bürgerinitiativen unterschrieben worden. Als Unterstützer finden sich dort der GLU-Kreisverband Hannover, der konservative Umweltschützer W. Soyka (Bremen), KPD-Mitglied Prof. J. Scheer, AUD Braunschweig, und viele andere.

Auf einer Podiumsveranstaltung am Tag vorher diskutierten über das Thema „Atomenergieprogramm und Demokratie“ und wandten sich gegen die Grohnde-Prozesse: W. Soyka, Prof. J. Scheer, Familienrichter Ostermeyer (Bielefeld), Grohnde-Angeklagter, Fr. Eisele (Rechtsanwältin), Hopfenmüller (Bunte Liste Hamburg), Vertreter der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Es ist zur Zeit gerade so, daß angesichts der einschüchternden Absicht, die diese Prozesse und z. B. auch die Schikanierung, die die Bevölkerung um Gorleben zu erleiden hat (haben sollen), die Anti-AKW-Bewegung von links bis konservativ enger zusammenrücken und demonstrieren läßt. Gerade in dieser Gemeinsamkeit über weitergehende polit. Ansichten hinweg sehen wir die Stärke und Mobilisierungskraft unserer Bewegung.

Es waren also nicht „Ausgeflippte“ (Cellesche Zeitung), die demonstrierten, sondern ernsthafte Atomenergiegegner.

Als „ausgeflippt“, besser noch: planmäßig provokativ, konnte man das Verhalten der Polizei bezeichnen. Denn sie wollte nachweislich, u. a. durch mehrfaches Kreuzen des Demonstrationszuges, Unruhe stiften, um dadurch den Vorwand für einen größeren Einsatz zu haben. Allein die Geschlossenheit und Diszipliniertheit der Demonstration machte es möglich, den Protest wie geplant und so öffentlichkeitswirksam (ich meine mit Erfolg) durchzuführen.

Das Kfz-Kennzeichen „F“ des Lautsprecherwagens in Verbindung mit der KBW-Zentrale in Frankfurt zu bringen, ist absurd: Das Fahrzeug war in Hannover bei einem kommerziellen Autoverleih ausgeliehen.

Klaus Öllerer
(Veranstaltungsleiter der Demonstration
am 10. Juni 1978 in Hannover)

bewerbskategorie bezeichnet. Hasselmann: „... einer Feierstunde den Wettbewerb als einen Anfang, über die Stärkung der Geschichtskennntnisse und des Geschichtsverständnisses mehr Toleranz und Verständnis unter den Völkern zu erreichen.“

Nach Hasselmanns Worten hat die Landesregierung den Auftrag des Bundesvertriebenengesetzes, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewußtsein unseres Volkes zu erhalten, ernst genommen und in praktische Politik umgesetzt. Dies sei der Grund gewesen, erstmals einen Schülerwettbewerb auszusprechen. Zur Pflege des Kulturgutes gehöre es unzweifelhaft, der jüngeren Generation Kenntnisse über die Kultur der deutschen Gebiete und ihrer Geschichte zu vermitteln.

Die Landesregierung sei sich bei der Ausschreibung des Wettbewerbs „Schlesien — ein Kapitel europäischer Geschichte“ der Hypothek der geschichtlichen Vergangenheit zwischen Deutschen und Polen bewußt gewesen. Hasselmann: „Wir wissen, wie tief die Gräben sind und wie viele unheilbare Wunden gerissen wurden. Polen ist durch den Einfall der deutschen Truppen des nationalsozialistischen Gewaltregimes und der Sowjetunion das erste Opfer des Zweiten Weltkrieges geworden. In Polen erinnert man sich genau an alles, was in

sich nicht dem Revanchismus verschworen, er will im Gegenteil einen Beitrag leisten zur Verständigung und Toleranz.“

Der Verständigung sei aber nicht gedient, wenn Fakten der gemeinsamen Geschichte beschönigt werden, weil sie die andere Seite — und das sei beiderseitig zu verstehen — stören könnten. Hasselmann: „Unser Verhältnis zu den Völkern, denen Deutschland im letzten Krieg schwersten Schaden zugefügt hat, kann nur auf der Grundlage einer absoluten Wahrhaftigkeit wieder ins Gleichgewicht kommen.“ Dabei dürften historische Ereignisse nicht isoliert für sich betrachtet und bewertet werden, forderte der Minister.

Ein Geschichtsunterricht, der die historische Miniaturenmalerei pflege, für den die Geschichte zu Zahlen zerrinne oder zur Legendenstunde über große Männer, könne auf das Interesse der Schüler nicht zählen. Geschichtslehre, die fesseln soll, müsse immer vom Heute ausgehen und die Zusammenhänge zwischen gestern, heute und morgen offenlegen.

BREMEN: Vor der Einführung eines allgemeinen freiwilligen zehnten Hauptschuljahres soll diese Erweiterung im Land Bremen mit zwei besonderen Abschlußklassen erprobt werden.

wird.

v. Oertzen: Kein Wort zum Ärger mit Franke

HANNOVER (nrp). — Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, Niedersachsens größte Tageszeitung, brachte auf Seite 1 die Schlagzeile „Hauskrach in der SPD — Franke fordert Oertzen zum Rücktritt auf — Landesvorsitzender für Wahlniederlage verantwortlich“.

Es ging in dem Artikel um schwere Vorwürfe des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), gegen Niedersachsens SPD-Chef und Frankes Vorgänger in diesem Amt, Prof. Peter von Oertzen, der zum Rücktritt aufgefordert worden sei.

Der attackierte von Oertzen erklärte dazu, bei den in der „HAZ“ wiedergegebenen Äußerungen Frankes handele es sich nach seinen Informationen „nicht um verantwortliche und für die Öffentlichkeit bestimmte Aussagen“. Franke habe am Abend des 20. Juni in geselliger Runde (in Bonn) u. a. auch Bemerkungen gemacht, die sich auf Verhältnisse innerhalb der niedersächsischen SPD beziehen. Diese Bemerkungen seien von einem anwesenden Journalisten mitgehört und veröffentlicht worden. Unter diesen Umständen sehe er, von Oertzen, keine Veranlassung, zu dem Pressebericht Stellung zu nehmen.

*

Ob v. Oertzen nun was sagt oder nicht: Fest steht, es gibt Ärger in der SPD. Verständlich, denn v. Oertzen hat einst den Genossen Franke ausgebootet, der zuvor v. Oertzens Ämter innehatte. Und der gerne redet, so wie jetzt. Vor allem wenn er etwas getrunken hat. Ravens hat übrigens zu v. Oertzen gestanden. Er sei mitverantwortlich für den Wahlkampf gewesen.

Hasselmann hat Ärger mit Ostfrieslands CDU

HANNOVER (nrp). — Niedersachsens CDU-Vorsitzender, Minister Wilfried Hasselmann, ist vom Landtagswahlergebnis am 4. Juni für die CDU in Ostfriesland enttäuscht. Von ihm hierüber geäußerte Bemerkungen sind von ostfriesischen CDU-Mitgliedern mit Unwillen aufgenommen worden. Hasselmann will deshalb in Kürze mit dem CDU-Bezirksverband Ostfriesland ein Gespräch über das Abschneiden seiner Partei bei der Landtagswahl führen. In Hannover sagte Hasselmann dazu, die örtliche Partei habe er nicht für das enttäuschende Wahlergebnis verantwortlich gemacht. Er sagte ferner, keine Landesregierung habe sich bisher so sehr der Probleme Ostfrieslands angenommen, wie die von Ministerpräsident Albrecht geführte.

Zum Leserbrief des Demo-Leiters der KKW-Gegner



„Aus Einsatzgründen“ durchschneiden Polizisten den Demonstrationszug

Cellesche Zeitung, 24. Juni 1978